

Deutschland-Check Dezember 2011

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche

Deutschland-Check Dezember 2011

Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Checks sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter www.deutschland-check.de online.

- S. 3 Das Barometer der Wirtschaft
 - Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung
- S. 7 Das Urteil der Ökonomen
 - Politikbewertung durch das IW Köln
- S. 11 Die Meinung der Arbeitnehmer
 - Ergebnisse einer Befragung von Arbeitnehmern durch die IW-Consult

Das Barometer der Wirtschaft

Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung



Wirtschaftsentwicklung: Gedämpfter Optimismus

Im November hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wieder sein Jahresgutachten vorgelegt. In seiner Konjunkturprognose erwartet er nach einem kräftigen Wirtschaftswachstum in diesem Jahr von 3 Prozent im nächsten Jahr eine deutliche Abkühlung. Im Jahresdurchschnitt 2012 soll das reale Bruttoinlandsprodukt nur noch um magere 0,9 Prozent steigen. Wachstumsimpulse kommen anders als in den Vorjahren nur noch aus dem Inland, insbesondere vom privaten Konsum und den Investitionen, während der Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) die Wachstumsrate sogar um 0,3 Prozentpunkte drückt. Als größtes Risiko für die Konjunktur sieht der Sachverständigenrat die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der immer noch ungelösten Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone. Wegen der großen Unwägbarkeiten hat der Rat deshalb drei Szenarien durchgerechnet und dabei auch ein rezessive Entwicklung in 2012 nicht ausgeschlossen: Sollte die Euro-Schuldenkrise eskalieren und andere Regionen infizieren, könnte dies zu einer Stagnation des Welthandels führen; das reale Bruttoinlandsprodukt würde dann im Jahr 2012 sogar um 0,5 Prozent sinken.

Die Unternehmen sehen skeptischer, aber nicht pessimistisch in die Zukunft. Dies hat die Herbstumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln unter 2.600 Unternehmen aus West- und Ostdeutschland ergeben. Die Unternehmen, die bei Exporten, Produktion, Investitionen und Beschäftigung einen Anstieg in 2012 erwarten, sind gegenüber den Unternehmen, die von einem Rückgang ausgehen, in der Überzahl. Besonders erfreulich ist, dass 24,6 Prozent der Unternehmen ihren Personalbestand weiter aufstocken, aber nur 15 Prozent ihn reduzieren wollen. Überwiegend wollen die Unternehmen ihre Beschäftigung auf dem erreichten Niveau halten. Es spricht somit einiges dafür, dass der Arbeitsmarkt auch im Jahr 2012 mit positiven Nachrichten aufwarten kann. In der Rangliste der Risikofaktoren für die weitere konjunkturelle Entwicklung sehen die Unternehmen eine Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen an vorderster Stelle, gefolgt von einer Konsumzurückhaltung. Finanzierungskosten und Probleme bei der Kreditvergabe stufen die Unternehmen genauso wenig als gravierende Risiken ein wie eine nachlassende Nachfrage aus den aufstrebenden Ländern.

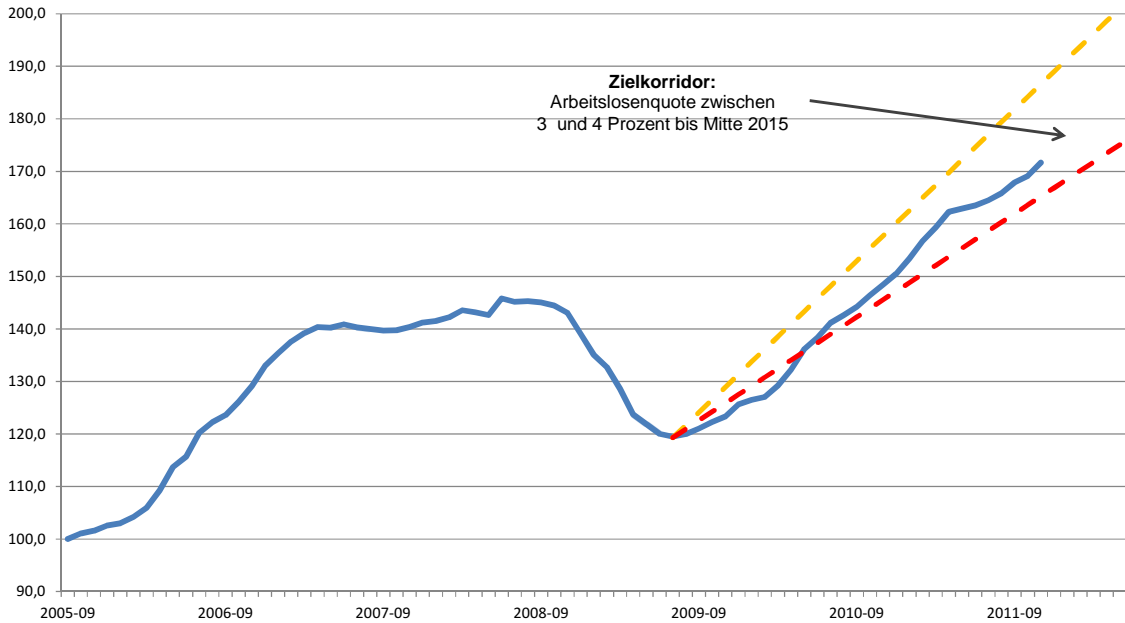
Die Chancen stehen somit nicht schlecht, dass der Aufwärtsentwicklung die Luft nicht ausgeht. Allerdings muss die Politik ihre Hausaufgaben schnell und überzeugend machen, damit die Unsicherheiten nicht überhand nehmen.

Die **November-Ergebnisse** im Einzelnen:

Beim **Arbeitsmarktindex** ist die Welt nach der leichten Irritation im Oktober wieder in Ordnung. Beide Teilindikatoren weisen im November mit einem Plus gegenüber dem Vormonat auf:

- Nachdem im Oktober die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt erstmals nach 20 Monaten überraschend angestiegen war, ist sie im November wieder kräftig um 20.000 auf 2,913 Millionen Personen gesunken. Offensichtlich und erfreulicherweise hat der Oktober nicht die befürchtete Wende am Arbeitsmarkt eingeläutet.
- Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist im November saisonbereinigt sogar wieder beschleunigt angestiegen. Mit einem Plus von 11.000 sind die offenen Stellen so schnell gestiegen wie zuletzt im April dieses Jahres. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften ist also ungebrochen lebhaft.
- Getrieben von beiden Teilindikatoren legte der Arbeitsmarktindex im November um 1,5 Prozent zu – mehr als doppelt so schnell wie im Vormonat (+0,7 Prozent).
- Damit bleibt der Arbeitsmarktindex auch im November klar im Vollbeschäftigungs-Trichter. In den letzten Monaten bewegte er sich zwar innerhalb des Korridors, näherte sich aber von Monat zu Monat dem unteren Trichterrand. Im November konnte sich der Arbeitsmarktindex erfreulicherweise wieder etwas in Richtung Trichter-Mitte vorarbeiten.

Arbeitsmarktindex September 2005 = 100

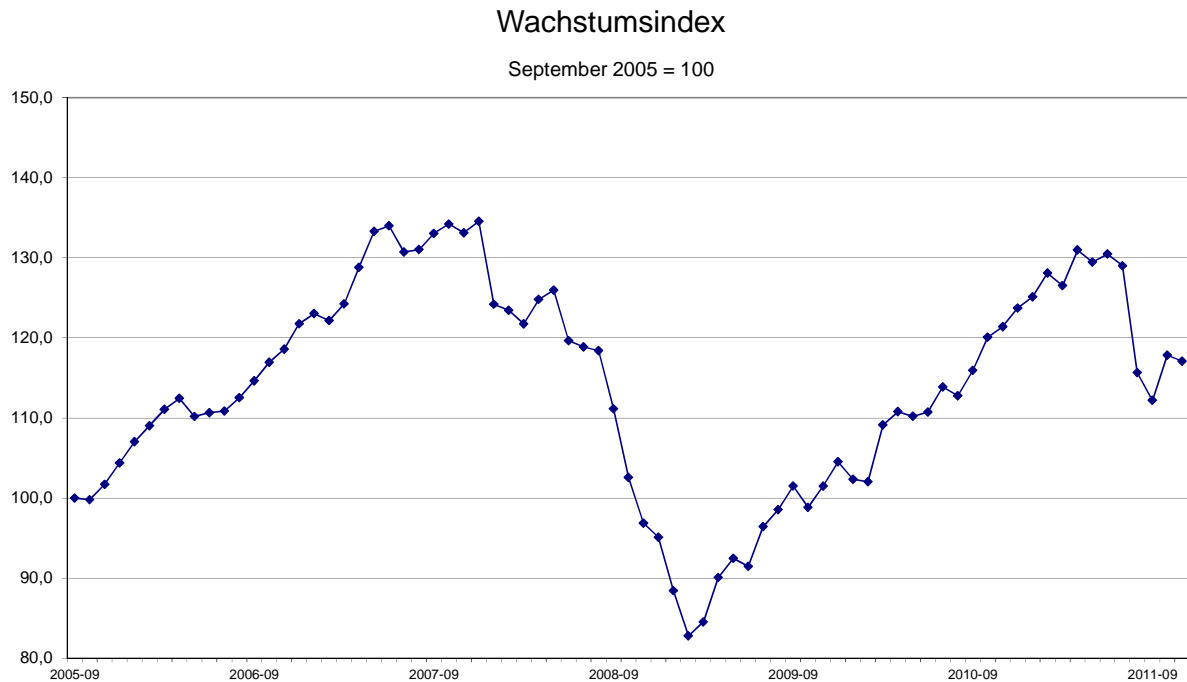


Der **Wachstumsindex** bleibt auch im November das Sorgenkind. Keiner der drei Teilindikatoren konnte dem Wachstumsindex Schubkraft verleihen:

- Der DAX-Performance-Index verlor im Laufe den November 52 Punkte oder 0,9 Prozent, blieb aber mit 6089 Punkten über der 6.000er-Schwelle. Das es noch so glimpflich ausging, liegt an dem beachtlichen Endspurt zum Monatsende, als der DAX am Schlußtag noch einmal um 5 Prozent nach oben schnellte. Grund war die koordinierte Ankündigung der wichtigsten Notenbanken der Welt, den Finanzmärkten mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um die Spannungen am Interbankenmarkt zu lösen.
- Der Ifo-Lage-Index stagnierte im November auf hohem Niveau. Mit 116,7 Punkten erreichte er exakt den Wert des Vormonats. Dies ist eine positive Überraschung, da die Unternehmen zuvor vier Monate in Folge eine Eintrübung der Geschäftslage im Vormonatsvergleich gemeldet hatten. Insgesamt befindet sich die Geschäftslage aber nach wie vor auf einem guten Niveau. Gleichwohl bietet auch der November ein uneinheitliches Bild: Die Unternehmen des exportorientierten Verarbeitende Gewerbes meldeten in der Mehrzahl eine Verschlechterung der Geschäftslage, ebenso der Großhandel. Im Einzelhandel und im Baugewerbe hingegen hat sich die Lagebeurteilung im November hingegen verbessert.
- Entgegen den Erwartungen konnte die Industrieproduktion im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 0,8 Prozent zulegen. Schrittmacher

dieser positiven Entwicklung war die Investitionsgüterindustrie, die ihre Produktion um beachtliche 2,2 Prozent steigern konnte. Die beiden anderen großen Bereiche verringerten ihre Produktionsaktivitäten (Vorleistungsgüterindustrie) oder hielten sie konstant auf dem Vormonatsniveau (Konsumgüterindustrie). Die schwache Entwicklung der industriellen Auftragseingänge in den letzten Monaten spricht für einen moderaten Rückgang der Produktion im November, trotz der wieder positiven Entwicklung der Auftragseingänge im Oktober (+5,2 Prozent). Diese überraschend starke Aufwärtsentwicklung lässt für die zukünftige Produktionsentwicklung hoffen.

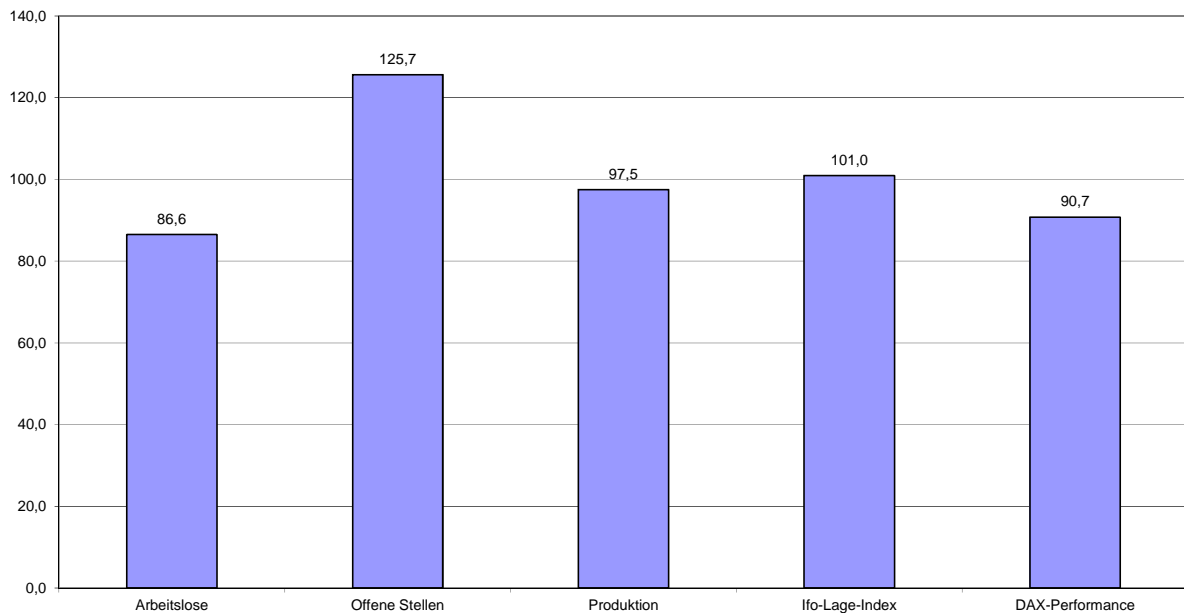
- Insgesamt verliert der Wachstumsindex im November 0,6 Prozent. Am aktuellen Rand zeigt er somit derzeit keine eindeutige Tendenz.



Zu den fünf **Einzelindikatoren**: Gegenüber dem Vormonat zeigt sich ein im Wesentlichen unverändertes Bild. Die beiden Arbeitsmarktindikatoren – Arbeitslose und offene Stellen – konnten sich weiter im positiven Sinne vom Vorkrisenniveau absetzen. Auch der Ifo-Lage-Index bleibt leicht über dem Referenz-Schwellenwert von 100. Den beiden anderen Teilindikatoren des Wachstumsindex strecken sich weiterhin zu Decke, ohne sie bislang zu erreichen. Vom aktuellen Niveau muss die Industrieproduktion noch um 2,5 Prozent wachsen, um die 100-Prozent-Schwelle zu erreichen, beim DAX-Performance-Index sind es noch 10,2 Prozent.

Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100



Das Urteil der Ökonomen

Politikbewertung durch das IW-Köln



Eckpunkte zur Umsetzung des Koalitionsvertrages für die Pflegereform

Bundesregierung, 16. November 2011

Was ist geplant?

Die Bundesregierung hat Ende November ihre Eckpunkte für eine Pflegereform verabschiedet. Fünf Punkte umfasst das Programm: bedarfsgerechte Leistungen für Demenzkranke, die Stärkung der ambulanten gegenüber der stationären Versorgung, mehr Unterstützung für pflegende Angehörige, eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage für die soziale Pflegeversicherung sowie eine höhere Attraktivität der Pflegeberufe. Mit diesem Maßnahmenpaket reagiert der Gesundheitsminister auf den Handlungsbedarf, der sich allein aus dem demographischen Wandel und der damit steigenden Zahl an Pflegebedürftigen ergibt.

Im Einzelnen sieht das Reformpaket folgende Maßnahmen vor:

1. **Bessere Leistungen für Pflegebedürftige.** Der Pflegebeirat erhält den Auftrag zur Überprüfung des Pflegebegriffs – insbesondere mit dem Ziel, die Versorgung der Demenzerkrankten zukünftig mit zu erfassen. Bereits im Vorfeld auf die Umsetzung eines neuen Pflegebegriffs sollen Demenzkranke verbesserte Leistungen erhalten.

Darüber hinaus gibt es einen ganzen Katalog von Instrumenten, die für alle Pflegebedürftigen gelten: Allgemein soll das Leistungsspektrum flexibler ausgestaltet werden, indem die Bedürftigen beim Pflegedienst zwischen Leistungspaketen und Zeiteinheiten frei wählen können. Unter anderem wird der Vorrang der ambulanten Versorgung weiter gestärkt, indem neue Wohnformen mit zweckgebundenen Pauschalen für Personen ausgestattet werden, die die Pflege organisieren und sicherstellen. Daneben soll die Rehabilitation zur Vermeidung von dauerhaften Pflegebedarfen gestärkt werden. Gleichzeitig soll die medizinische Versorgung in den Heimen verbessert werden. Weitere, bislang nicht konkretisierte Willenserklärungen zur Begutachtung pflegerischer Leistungen, zur Beratung und zum Bürokratieabbau runden das Spektrum ab.

2. **Entlastung pflegender Angehöriger.** Für pflegende Angehörige soll die Möglichkeit einer „Auszeit“ erleichtert werden. Damit trägt die Bundesregierung insbesondere den Belastungen in Familien mit Demenzkranken Rechnung. Dazu zählen auch eine verbesserte rentenrechtliche Berücksichtigung von Pflegezeiten bei der Versorgung mehrerer Angehöriger und die Förderung von Selbsthilfegruppen. Daneben geht es um einen erleichterten Zugang zu Maßnahmen der Rehabilitation.
3. **Bessere Pflege- und Arbeitsbedingungen.** Nicht zuletzt mit Blick auf den drohenden Mangel an Pflegepersonal soll die Berufsausbildung in der Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflege vereinheitlicht werden und eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege gestartet werden.
4. **Nachhaltige Finanzierung.** Mit der Anhebung des allgemeinen Beitragssatzes um 0,1 Punkte auf 2,05 Prozent zum 1.1.2013 soll die Soziale Pflegeversicherung zusätzlich mit 1,1 Milliarden Euro ausgestattet werden, um insbesondere die zusätzliche Versorgung der Demenzkranken bewältigen zu können. Daneben soll eine steuerliche Förderung einer freiwilligen und ergänzenden Privatvorsorge bei Pflegebedürftigkeit eingeführt werden.

Bewertung durch das IW Köln : 2 von 5 Sternen

Begründung:

- **Versorgung von Demenzkranken über höhere Beitragssätze:**

Mit der Einbeziehung von Demenzkranken in die Versorgung der Sozialen Pflegeversicherung schließt die Bundesregierung eine seit Jahren beklagte Versorgungslücke. Bislang ist der Pflegebegriff stark an körperliche Einschränkungen angelehnt, so dass vor allem demente Personen oftmals durch das Raster der drei gesetzlichen Pflegestufen fallen. Die Folgen sind nicht nur erhebliche finanzielle Belastungen für Familien mit Demenzkranken, sondern auch entsprechende physische und psychische Belastungen für pflegende Angehörigen, die sich professionelle Unterstützung oftmals nicht leisten können. Aus sozialpolitischer Sicht ist es deshalb zu begrüßen, dass die Bundesregierung hier offensichtlich in Vorleistung treten will, noch ehe Vorschläge zur Umsetzung eines neuen, umfassenden Pflegebegriffs gesetzesreif ausgearbeitet sind.

Anders dagegen die Argumentation aus ökonomischer Perspektive: Grundsätzlich bedeutet die Versorgung von Demenzkranken ein zusätzliches Leistungsversprechen, das auf dem bisherigen Versorgungskatalog der gesetzlichen (Teilkasko-)Pflegeversicherung aufbaut. Dies ist ordnungspolitisch bedenklich, denn neben den ursprünglichen Einführungsgewinnen für die pflegenahen Jahrgänge aus dem Jahr 1995 schafft diese neue Leistungsausweitung zusätzliche Einführungsgewinne. Insgesamt erhöht die Maßnahme also die ohnehin angelegte intergenerative Lastverschiebung, vorausgesetzt dass es keine kompensierenden Leistungsrücknahmen an anderer Stelle gibt. In der Folge muss der Beitragssatz zum 1.1.2013 zunächst um 0,1 Beitragssatzpunkte erhöht werden. „Zunächst“, weil manche Experten bereits jetzt damit rechnen, dass die Versorgung der Demenzen deutlich mehr Ausgaben verursachen wird als die erhofften 1,1 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. „Zunächst“ aber auch deshalb, weil der demographische Wandel ohnehin zu einem deutlichen Beitragssatzanstieg im Umlageverfahren führt, der aber aufgrund des zusätzlichen Leistungsversprechens noch an Dynamik zulegen wird.

Auch wenn die Versorgung Dementer wünschenswert ist, schließt eine Ausweitung des Leistungsspektrums nicht aus, dass dafür andere Leistungen gekürzt oder Karenzzeiten eingeführt werden. Darüber ließen sich neue Versorgungsziele realisieren, ohne die problematische Beitragsfinanzierung im Umlageverfahren weiter auszudehnen. Angesichts des trade-offs zwischen Versorgungsbedarf und Finanzierung lassen die Eckpunkte Alternativen vermissen. Schließt man aber die Möglichkeit von Leistungskürzungen an anderer Stelle von vornherein aus, dann erübrigt sich jeder weitere Verweis auf den

Teilkasko-Charakter der gesetzlichen Pflegeversicherung. Insbesondere im Kontext der Neudefinition des Pflegebegriffs müsste man dann jeden Pflegebedarf unabhängig von seiner Finanzierbarkeit für sakrosankt erklären.

An diesem Dilemma werden auch die übrigen Maßnahmen kaum etwas ändern können. Die Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Pflege werden ebenso wie die Instrumente zur Entlastung pflegender Angehöriger über den Etat der gesetzlichen Pflegeversicherung finanziert, ohne dass der Nachweis einer Effizienzsteigerung bemüht wird. So verstärken sie tendenziell das grundlegende Problem statt es zu lösen. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege- und Arbeitsbedingungen zielen dagegen auf ein anderes Problem, den drohenden Mangel an Pflegekräften. Inwieweit eine Vereinheitlichung der Ausbildung und eine aktive Bewerbung der Alterspflege diesem Mangel nachhaltig entgegen wirken, bleibt in den Eckpunkten ebenfalls ungeklärt.

- **Förderung freiwilliger Zusatzvorsorge:**

Über die Erhöhung des Beitragssatzes zum 1.1.2013 hinaus plant die Bundesregierung die steuerliche Förderung der privaten Vorsorge. Zunächst bleibt festzuhalten, dass von freiwilliger privater Vorsorge die Rede ist. Damit bleiben die Eckpunkte deutlich hinter den Koalitionsvereinbarungen zurück. Dort war im Oktober 2009 noch die Rede von einer verpflichtenden, individualisierten Privatvorsorge im Kapitaldeckungsverfahren. Die Gewissheit, dass die Gesellschaft bei Bedürftigkeit Pflegeleistungen notfalls über die steuerfinanzierte Grundsicherung finanziert, senkt tendenziell den Anreiz zu einer freiwilligen privaten Vorsorge.

Insbesondere ist aber die steuerliche Förderung höchst fragwürdig. Zum einen sind Mitnahmeeffekte zu befürchten, weil damit auch jene Personen in den Genuss der Förderung kommen, die auch ohne Zuwendung zusätzlich vorgesorgt hätten. Zum anderen zieht ein solches System unerwünschte Verteilungswirkungen nach sich. Denn während das Fördervolumen aus dem Steueraufkommen aller Bürger gespeist wird – also auch derer, die sich keine Zusatzversicherung leisten können oder wollen –, profitieren vor allem einkommensstärkere Schichten, von denen zu vermuten ist, dass sie eher in der Lage sind, eine umfassende private Vorsorge zu betreiben. Treffsicherer wäre es, die ergänzende private Vorsorge für alle Bürger obligatorisch einzuführen und eine Förderung nur gezielt bedürftigkeitsgeprüft zu gewähren.

- **Fazit:**

Unter dem Strich werden die hoch gesteckten Erwartungen, die auf den Koalitionsvereinbarungen beruhen, enttäuscht. Positiv ist die Tatsache, dass eine offensichtliche Versorgungslücke geschlossen werden soll. Doch lässt die Umsetzung jedwede Reform der Finanzierung vermissen. Statt Einsparungen an anderer Stelle oder einer privaten, kapitalgedeckten zweiten Säule der Pflegevorsorge wird im Kern lediglich die mangelbehaftete Beitragsfinanzierung ausgedehnt und damit das Problem der intergenerativen Lastverschiebung verstärkt.

Die Meinung der Arbeitnehmer

Ergebnisse einer Befragung von Arbeitnehmern



Der Hintergrund

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2011 sehr erfreulich entwickelt. Die Anzahl der Arbeitslosen liegt bei deutlich unter drei Millionen und die Anzahl der Erwerbstätigen war seit der Wiedervereinigung noch nie so hoch wie momentan. Die Lage ist demnach gut – aber wie schätzen die Arbeitnehmer die Situation ein? Wo liegen ihrer Ansicht nach Risiken und wie hat sich die Arbeitsplatzsicherheit entwickelt? Was unternehmen Beschäftigte, um für den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben? Vor dem Hintergrund dieser Fragen dient das vorliegende IW-Arbeitnehmervotum dazu, einen Überblick über die Einschätzung von Beschäftigten zu Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt zu geben.

Die Befragung

Für das IW-Arbeitnehmervotum wurden vom 23. bis zum 28. November 2011 insgesamt 1.000 Arbeitnehmer befragt. Die Stichprobe wurde hinsichtlich soziodemografischer Merkmale entsprechend der Verteilung in Deutschland geschichtet (Tabelle 1 im Anhang). Im Einzelnen wurden die folgenden Fragen gestellt:

- Was glauben Sie: Wie wird sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2012 entwickeln?
- Für wie sicher halten Sie zurzeit den Bestand Ihres Arbeitsplatzes?
- Wenn Sie an den November des letzten Jahres denken: Wie hat sich die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes seitdem entwickelt?
- Glauben Sie, dass folgende Faktoren die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt gefährden?
 - Staatsschuldenkrise
 - Generelle Lage der Wirtschaft

- Politische Reformen auf dem Arbeitsmarkt
- Technische Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen
- Internationale Konkurrenz
- Fachkräftemangel
- Hohe Lohnnebenkosten
- Ergreifen Sie selbst folgende Maßnahmen, um für den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben?
 - Betriebliche Weiterbildung
 - Private Weiterbildung
 - Pflege von Kontakten
 - Sammeln von Auslandserfahrung
 - Sicherstellung der eigenen Mobilität
 - Akzeptanz flexibler Beschäftigungsmodelle

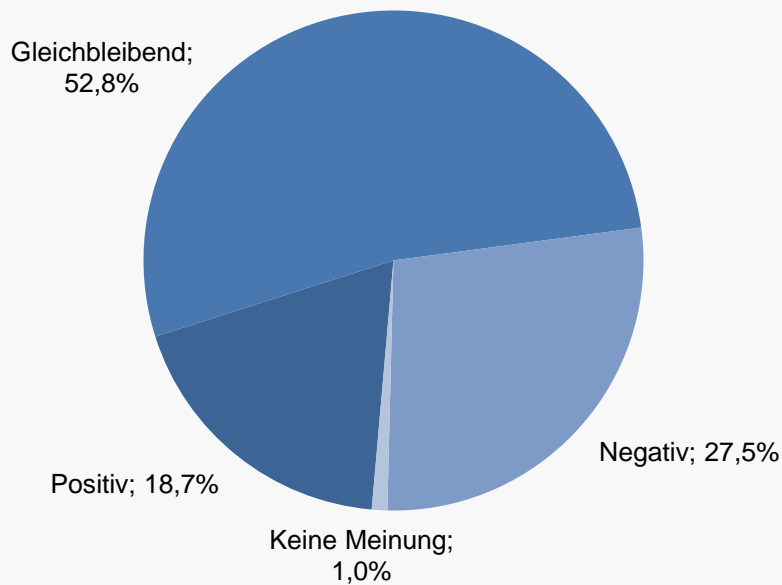
Die Ergebnisse

Beschäftigte erwarten überwiegend Konstanz am Arbeitsmarkt – jüngere Beschäftigte sind eher optimistisch

Die Mehrheit der Arbeitnehmer erwartet eine gleichbleibende Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2012: über 50 Prozent sind dieser Ansicht (Abbildung 1). 19 Prozent der Beschäftigten vermuten sogar, dass sich der Arbeitsmarkt im kommenden Jahr positiv entwickeln wird. Andererseits gehen 28 Prozent der Arbeitnehmer davon aus, dass es 2012 zu einer Verschlechterung kommen wird. Der Anteil der negativen Erwartungen liegt demnach über dem der positiven – im Saldo ergibt sich ein Überhang der negativen Einschätzungen von neun Prozentpunkten.

Abbildung 1: Beschäftigte erwarten überwiegend Konstanz am Arbeitsmarkt

Was glauben Sie: Wie wird sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2012 entwickeln?
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer

Bei der Einschätzung der Entwicklung im Jahr 2012 unterscheiden sich Beschäftigte aus verschiedenen Bildungsschichten nicht wesentlich voneinander (Tabelle 2 im Anhang). Arbeitnehmer mit Hauptschulabschluss sind allerdings etwas optimistischer als Arbeitnehmer mit Realschulabschluss oder Abitur.

Darüber hinaus nimmt der Anteil der Arbeitnehmer, die von einer positiven Entwicklung ausgehen, mit dem Alter kontinuierlich ab:

- Bei den 16- bis 24-Jährigen liegt der Anteil bei 36 Prozent,
- bei den 25- bis 34-Jährigen bei 22 Prozent,
- bei den 35- bis 49-Jährigen bei 17 Prozent und
- bei den 50- bis 65-Jährigen bei 12 Prozent.

Insbesondere die jüngeren Arbeitnehmer schätzen die weitere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt demnach optimistisch ein. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die von einer negativen Entwicklung ausgehen, in keiner Altersgruppe vernachlässigbar: Bei den 16- bis 24-Jährigen vermutet immerhin noch jeder fünfte Beschäftigte, dass es 2012 zu einer Abschwächung kommen wird. Dennoch ist die Gruppe der 16- bis 24-Jährigen die einzige, bei der die positiven Einschätzungen im Saldo überwiegen, mit 15 Prozentpunkten Überschuss über die negativen Einschätzungen.

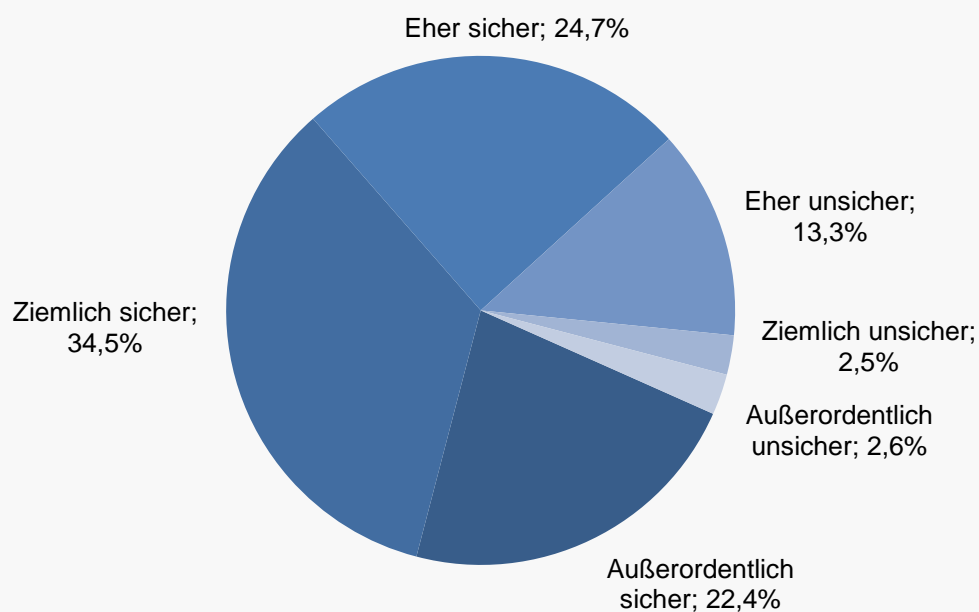
Arbeitsplätze in Deutschland gelten überwiegend als sicher

Die meisten Arbeitnehmer schätzen ihren Arbeitsplatz als sicher ein (Abbildung 2):

- 57 Prozent der Beschäftigten glauben, dass ihr Arbeitsplatz außerordentlich oder ziemlich sicher ist, und weitere 25 Prozent schätzen ihr Beschäftigungsverhältnis immerhin noch als eher sicher ein,
- während lediglich 18 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz als eher, ziemlich oder außerordentlich unsicher einstufen.

Abbildung 2: Die meisten Arbeitsplätze gelten als sicher

Für wie sicher halten Sie zurzeit den Bestand Ihres Arbeitsplatzes?
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer

Die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit unterscheidet sich zwischen den Beschäftigten mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen: Je höher der Abschluss, desto größer ist die empfundene Sicherheit (Tabelle 3 im Anhang). So liegt der Anteil derjenigen, die ihren Arbeitsplatz als sicher einschätzen,

- bei Arbeitnehmern mit Hauptschulabschluss bei 78 Prozent,
- bei denjenigen mit Realschulabschluss bei 80 Prozent und
- bei Arbeitnehmern mit Abitur bei 87 Prozent.

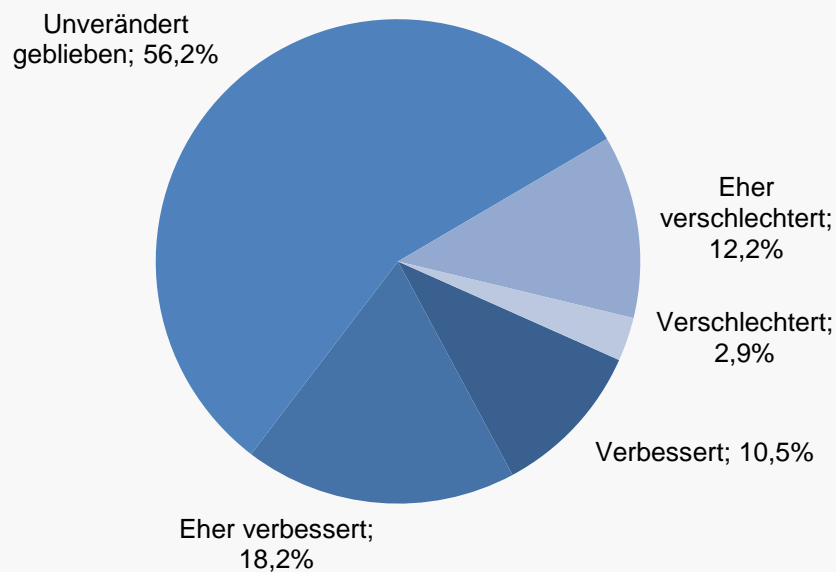
Keine Verschlechterung der Sicherheit von Arbeitsplätzen im Jahr 2011

Trotz der Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum ist die Arbeitsplatzsicherheit in Deutschland nach Meinung der Beschäftigten seit November 2010 nicht gesunken (Abbildung 3):

- Für 56 Prozent der Arbeitnehmer ist die Sicherheit ihres Beschäftigungsverhältnisses gleich geblieben und
- für 29 Prozent ist die Sicherheit sogar gestiegen,
- während lediglich 15 Prozent in den vergangenen zwölf Monaten eine Verschlechterung ihrer Arbeitsplatzsicherheit zu verzeichnen haben.

Abbildung 3: Arbeitsplatzsicherheit ist 2011 nicht gesunken

Wenn Sie an den November des letzten Jahres denken: Wie hat sich die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes seitdem entwickelt?
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer

Der oben erwähnte Optimismus jüngerer Arbeitnehmer bei der Einschätzung der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarkts spiegelt sich in der vergangenen Entwicklung der Arbeitsplatzsicherheit wider – denn für jüngere Arbeitnehmer hat sich die Sicherheit besonders positiv entwickelt (Tabelle 4 im Anhang):

- Für 46 Prozent der 16- bis 24-Jährigen ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes gestiegen,
- während dies bei den 25- bis 34-Jährigen für 33 Prozent gilt,
- bei den 35- bis 49-Jährigen für 30 Prozent und

- bei den 50- bis 65-Jährigen für 18 Prozent.

Risiken für den Arbeitsmarkt – Staatsschuldenkrise dominiert

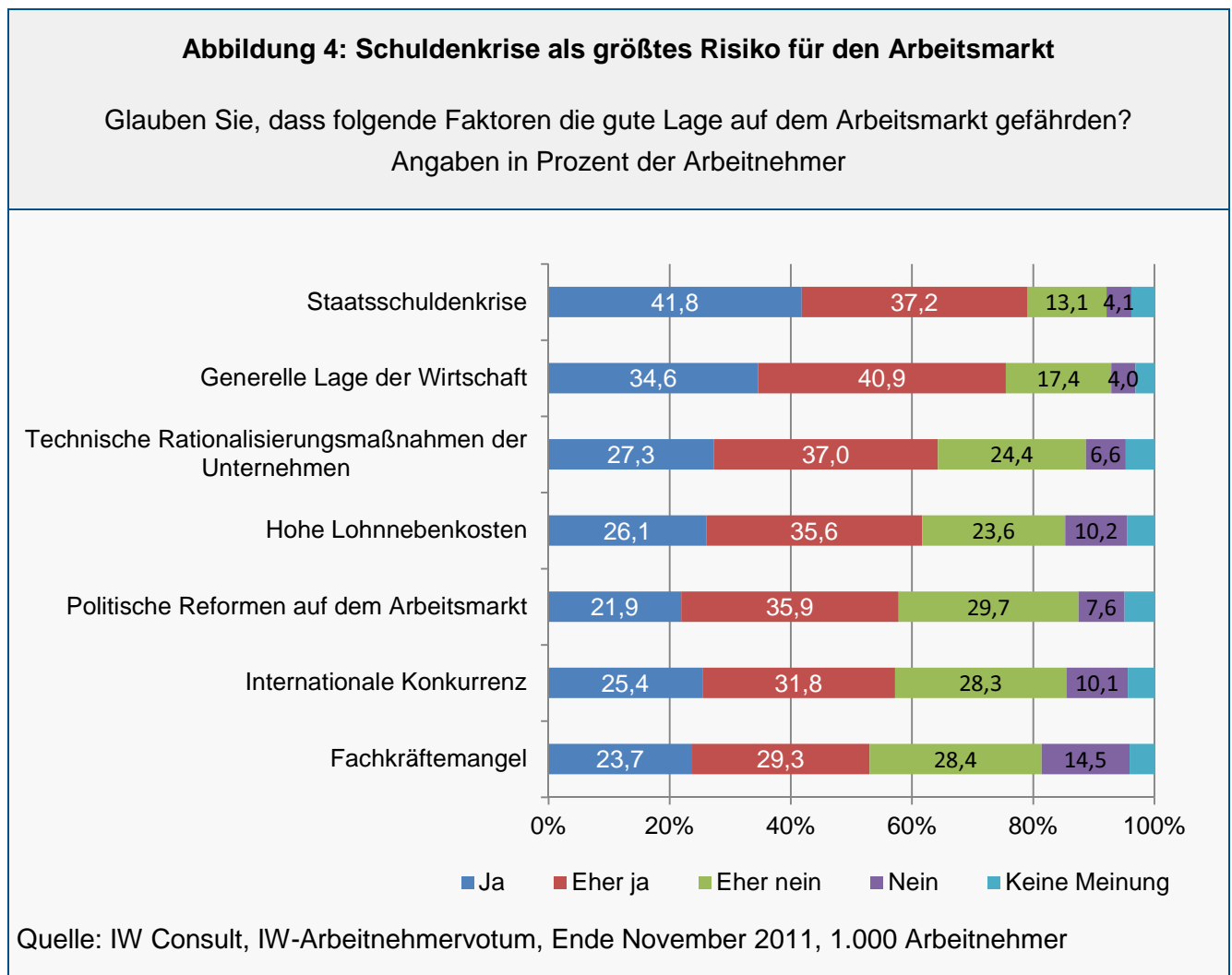
Trotz der guten Lage des Arbeitsmarkts lässt sich die Frage aufwerfen, welche Faktoren eine mögliche Gefährdung darstellen (Abbildung 4). Besonders bedeutend sind nach Ansicht der Beschäftigten

- die Staatsschuldenkrise (79 Prozent sehen diese als Risikofaktor an) und
- die generelle Lage der Wirtschaft (76 Prozent).

Eher weniger bedeutend sind

- die internationale Konkurrenz (57 Prozent) und
- der Fachkräftemangel (53 Prozent).

Zu bedenken ist dabei, dass auch die zwei letztgenannten Faktoren noch von mehr als der Hälfte der Arbeitnehmer als Gefährdung genannt werden. Diese Faktoren können demnach zwar in Relation zu den anderen Faktoren als weniger akut aufgefasst werden – als unbedeutend können sie jedoch nicht angesehen werden.

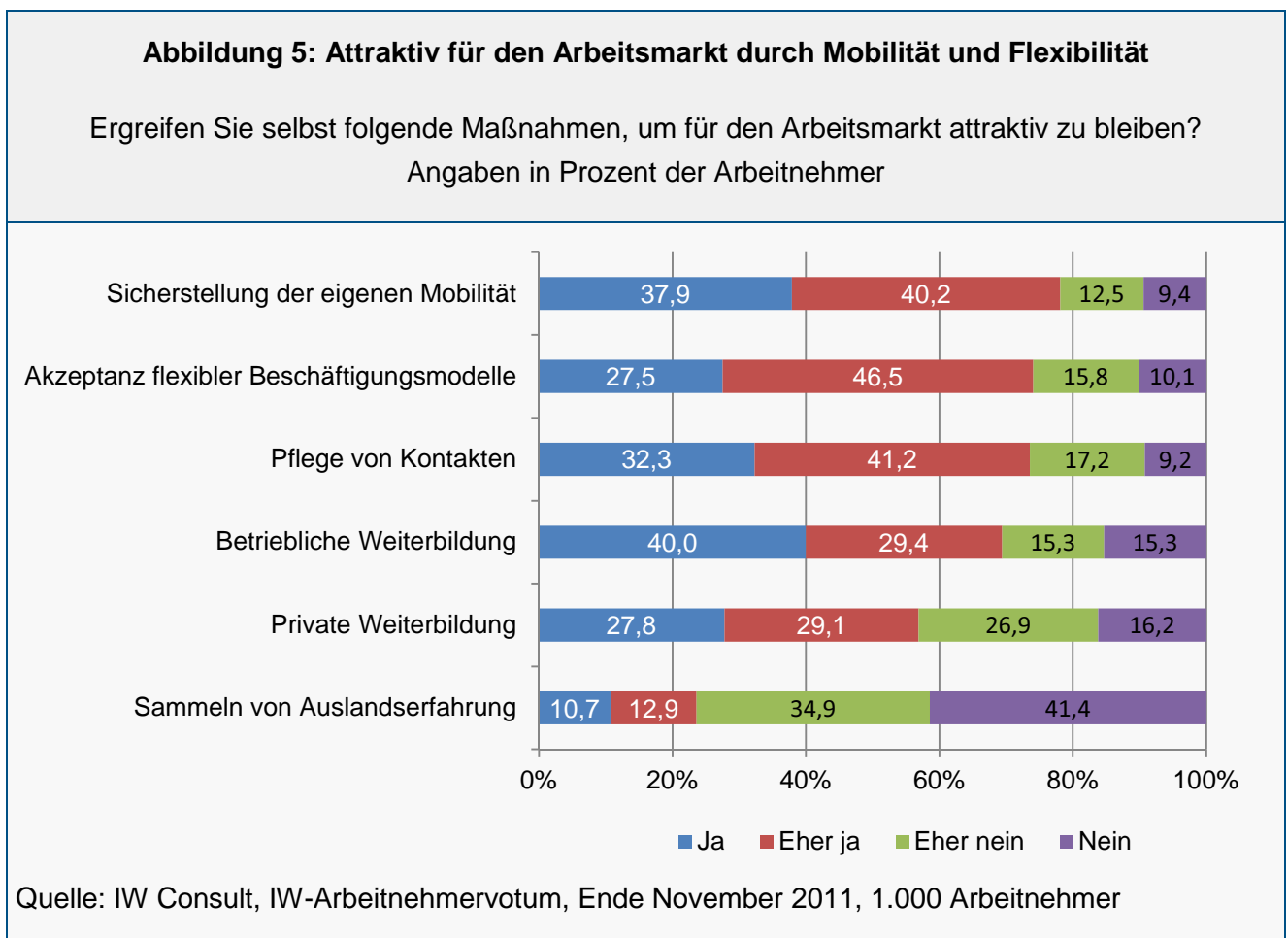


Beschäftigte sichern eigene Chancen auf dem Arbeitsmarkt vor allem durch Mobilität und Flexibilität

Während die oben genannten Risikofaktoren durch Arbeitnehmer nur schwer zu beeinflussen sind, liegt es in ihrer Hand, selbst für potenzielle Arbeitgeber attraktiv zu bleiben (Abbildung 5). Um dies zu erreichen, setzen Beschäftigte insbesondere auf

- die Gewährleistung der eigenen Mobilität (78 Prozent geben dies an) und
- die Akzeptanz flexibler Beschäftigungsmodelle (74 Prozent).

Die Mehrzahl der Arbeitnehmer setzt auch auf Kontaktpflege sowie betriebliche und private Weiterbildung (jeweils über 50 Prozent). Eher unbedeutend ist für die Beschäftigten hingegen das Sammeln von Auslandserfahrung – weniger als jeder vierte setzt auf diese Möglichkeit, um die eigene Attraktivität für den Arbeitsmarkt sicherzustellen.



Bei der Sicherstellung der eigenen Attraktivität bestehen Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen (Tabelle 6 im Anhang):

- Bei den meisten Maßnahmen steigt die Nutzung tendenziell mit dem Bildungsabschluss. Je höher die Schulbildung, desto eher wird demnach auf die eigene Attraktivität geachtet.

- Dies gilt ebenso für die Altersgruppen: Je jünger die Beschäftigten sind, desto eher ergreifen sie Maßnahmen zur Attraktivitätssicherung. Aufgrund des längeren Amortisationszeitraums ist dies intuitiv nachvollziehbar.

Über das IW-Arbeitnehmervotum

Für das IW-Arbeitnehmervotum werden vier Mal im Jahr 1.000 Arbeitnehmer in Deutschland zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren wird entsprechend der Verteilung in Deutschland nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Nicht berücksichtigt werden Arbeitnehmer ohne Schulbildung. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Befragung wird über das Internet durchgeführt.

Tabellenanhang

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe						
Anzahl der Arbeitnehmer						
		Altersgruppen				
Schulbildung	Geschlecht	16-24	25-34	35-49	50-65	Gesamt
Haupt-/Volksschule	Männlich	20	29	75	61	185
	Weiblich	10	14	47	47	118
	Gesamt	30	43	122	108	303
Realschule/Polytechnische Oberschule	Männlich	26	35	80	39	180
	Weiblich	24	34	89	44	191
	Gesamt	50	69	169	83	371
Abitur/Fachhochschulreife	Männlich	14	42	79	44	179
	Weiblich	17	43	60	27	147
	Gesamt	31	85	139	71	326
Gesamt	Männlich	60	106	234	144	544
	Weiblich	51	91	196	118	456
	Gesamt	111	197	430	262	1.000

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 2: Beschäftigte erwarten überwiegend Konstanz am Arbeitsmarkt

Was glauben Sie: Wie wird sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2012 entwickeln?
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Positiv	Gleichbleibend	Negativ	Keine Meinung	Gesamt	Saldo positiv/negativ
Gesamt	18,7	52,8	27,5	1,0	100,0	-8,8
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	19,8	54,1	24,8	1,3	100,0	-5,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	18,9	51,2	29,4	0,5	100,0	-10,5
Abitur/Fachhochschulreife	17,5	53,4	27,9	1,2	100,0	-10,4
Geschlecht						
Männlich	19,7	53,1	26,3	0,9	100,0	-6,6
Weiblich	17,5	52,4	28,9	1,1	100,0	-11,4
Altersgruppen						
16-24	36,0	41,4	20,7	1,8	100,0	15,3
25-34	21,8	46,2	31,0	1,0	100,0	-9,2
35-49	17,2	55,8	26,0	0,9	100,0	-8,8
50-65	11,5	57,6	30,2	0,8	100,0	-18,7

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 3: Die meisten Arbeitsplätze gelten als sicher

Für wie sicher halten Sie zurzeit den Bestand Ihres Arbeitsplatzes?

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Außerordentlich sicher	Ziemlich sicher	Eher sicher	Eher unsicher	Ziemlich unsicher	Außerordentlich unsicher	Gesamt
Gesamt	22,4	34,5	24,7	13,3	2,5	2,6	100,0
Schulbildung							
Haupt-/Volksschule	17,8	32,3	27,4	15,8	4,0	2,6	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	22,1	32,9	24,8	15,4	2,7	2,2	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	27,0	38,3	22,1	8,6	0,9	3,1	100,0
Geschlecht							
Männlich	26,1	34,4	22,6	13,1	1,7	2,2	100,0
Weiblich	18,0	34,6	27,2	13,6	3,5	3,1	100,0
Altersgruppen							
16-24	35,1	22,5	28,8	11,7	0,9	0,9	100,0
25-34	21,3	39,1	23,9	12,2	3,0	0,5	100,0
35-49	19,3	36,0	24,0	13,0	3,7	4,0	100,0
50-65	22,9	33,6	24,8	15,3	0,8	2,7	100,0

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 4: Arbeitsplatzsicherheit ist 2011 nicht gesunken

Wenn Sie an den November des letzten Jahres denken: Wie hat sich die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes seitdem entwickelt?

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Verbessert	Eher verbessert	Unverändert geblieben	Eher verschlechtert	Verschlechtert	Gesamt
Gesamt	10,5	18,2	56,2	12,2	2,9	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	10,9	19,1	53,8	13,5	2,6	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	12,7	18,1	55,3	10,8	3,2	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	7,7	17,5	59,4	12,6	2,8	100,0
Geschlecht						
Männlich	11,2	19,7	53,9	12,1	3,1	100,0
Weiblich	9,7	16,5	58,9	12,3	2,6	100,0
Altersgruppen						
16-24	25,2	20,7	45,0	8,1	0,9	100,0
25-34	13,2	19,3	55,3	9,6	2,5	100,0
35-49	9,1	20,2	52,3	14,2	4,2	100,0
50-65	4,6	13,0	67,8	12,6	1,9	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer						

Tabelle 5: Schuldenkrise als größtes Risiko für den Arbeitsmarkt

Glauben Sie, dass folgende Faktoren die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt gefährden?

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

Staatsschuldenkrise						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	41,8	37,2	13,1	4,1	3,8	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	38,9	35,0	17,2	3,3	5,6	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	45,8	35,3	10,8	3,8	4,3	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	39,9	41,4	12,0	5,2	1,5	100,0
Geschlecht						
Männlich	41,7	38,2	12,7	4,6	2,8	100,0
Weiblich	41,9	36,0	13,6	3,5	5,0	100,0
Altersgruppen						
16-24	47,7	35,1	10,8	1,8	4,5	100,0
25-34	36,5	35,5	15,2	7,1	5,6	100,0
35-49	43,5	37,0	12,1	4,0	3,5	100,0
50-65	40,5	39,7	14,1	3,1	2,7	100,0
Generelle Lage der Wirtschaft						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	34,6	40,9	17,4	4,0	3,1	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	31,0	42,2	19,1	3,3	4,3	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	37,7	38,0	16,7	4,0	3,5	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	34,4	42,9	16,6	4,6	1,5	100,0
Geschlecht						
Männlich	31,3	42,1	20,0	4,2	2,4	100,0
Weiblich	38,6	39,5	14,3	3,7	3,9	100,0

Altersgruppen						
16-24	40,5	34,2	16,2	5,4	3,6	100,0
25-34	35,5	43,1	12,7	3,6	5,1	100,0
35-49	36,5	38,8	18,1	3,3	3,3	100,0
50-65	28,2	45,4	20,2	5,0	1,1	100,0
Politische Reformen auf dem Arbeitsmarkt						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	21,9	35,9	29,7	7,6	4,9	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	24,8	37,0	28,1	4,3	5,9	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	24,0	34,5	28,8	7,5	5,1	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	16,9	36,5	32,2	10,7	3,7	100,0
Geschlecht						
Männlich	19,5	35,1	31,4	9,4	4,6	100,0
Weiblich	24,8	36,8	27,6	5,5	5,3	100,0
Altersgruppen						
16-24	22,5	35,1	31,5	7,2	3,6	100,0
25-34	22,8	34,0	27,9	8,6	6,6	100,0
35-49	22,8	37,9	27,4	6,3	5,6	100,0
50-65	19,5	34,4	34,0	9,2	3,1	100,0
Technische Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	27,3	37,0	24,4	6,6	4,7	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	28,4	37,3	24,4	3,3	6,6	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	29,6	36,4	22,9	5,9	5,1	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	23,6	37,4	26,1	10,4	2,5	100,0
Geschlecht						
Männlich	22,2	37,3	29,4	6,8	4,2	100,0

Weiblich	33,3	36,6	18,4	6,4	5,3	100,0
Altersgruppen						
16-24	29,7	35,1	23,4	5,4	6,3	100,0
25-34	26,9	38,6	21,3	7,1	6,1	100,0
35-49	26,3	38,6	24,0	6,5	4,7	100,0
50-65	28,2	34,0	27,9	6,9	3,1	100,0
Internationale Konkurrenz						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	25,4	31,8	28,3	10,1	4,4	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	26,4	30,0	31,0	6,3	6,3	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	29,1	30,5	25,1	10,5	4,9	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	20,2	35,0	29,4	13,2	2,1	100,0
Geschlecht						
Männlich	22,6	33,5	28,3	12,3	3,3	100,0
Weiblich	28,7	29,8	28,3	7,5	5,7	100,0
Altersgruppen						
16-24	27,9	30,6	19,8	15,3	6,3	100,0
25-34	27,9	22,3	33,0	11,2	5,6	100,0
35-49	24,7	35,8	26,5	7,7	5,3	100,0
50-65	23,7	32,8	31,3	11,1	1,1	100,0
Fachkräftemangel						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	23,7	29,3	28,4	14,5	4,1	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	27,7	29,0	27,4	10,6	5,3	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	26,1	29,1	28,6	12,4	3,8	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	17,2	29,8	29,1	20,6	3,4	100,0
Geschlecht						

Männlich	20,2	29,6	29,0	18,0	3,1	100,0
Weiblich	27,9	28,9	27,6	10,3	5,3	100,0
Altersgruppen						
16-24	30,6	23,4	25,2	15,3	5,4	100,0
25-34	23,4	22,3	28,9	19,3	6,1	100,0
35-49	22,6	33,0	27,7	12,3	4,4	100,0
50-65	22,9	30,9	30,5	14,1	1,5	100,0
Hohe Lohnnebenkosten						
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Keine Meinung	Gesamt
Gesamt	26,1	35,6	23,6	10,2	4,5	100,0
Schulbildung						
Haupt-/Volksschule	29,0	36,0	21,1	8,3	5,6	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	28,6	34,2	24,0	8,6	4,6	100,0
Abitur/Fachhochschul- reife	20,6	36,8	25,5	13,8	3,4	100,0
Geschlecht						
Männlich	23,9	34,6	25,6	13,2	2,8	100,0
Weiblich	28,7	36,8	21,3	6,6	6,6	100,0
Altersgruppen						
16-24	34,2	30,6	21,6	8,1	5,4	100,0
25-34	25,4	36,0	24,4	8,1	6,1	100,0
35-49	25,8	36,7	22,3	10,2	4,9	100,0
50-65	23,7	35,5	26,0	12,6	2,3	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer						

Tabelle 6: Attraktiv für den Arbeitsmarkt durch Mobilität und Flexibilität

Ergreifen Sie selbst folgende Maßnahmen, um für den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben?

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

Betriebliche Weiterbildung					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
Gesamt	40,0	29,4	15,3	15,3	100,0
Schulbildung					
Haupt-/Volksschule	29,4	30,7	22,4	17,5	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	42,3	27,2	13,2	17,3	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	47,2	30,7	11,0	11,0	100,0
Geschlecht					
Männlich	38,1	31,4	14,3	16,2	100,0
Weiblich	42,3	27,0	16,4	14,3	100,0
Altersgruppen					
16-24	47,7	30,6	10,8	10,8	100,0
25-34	41,1	29,4	12,7	16,8	100,0
35-49	44,0	27,2	16,0	12,8	100,0
50-65	29,4	32,4	17,9	20,2	100,0
Private Weiterbildung					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
Gesamt	27,8	29,1	26,9	16,2	100,0
Schulbildung					
Haupt-/Volksschule	18,2	26,1	35,3	20,5	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	28,6	29,1	23,5	18,9	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	35,9	31,9	23,0	9,2	100,0
Geschlecht					
Männlich	26,3	31,1	25,2	17,5	100,0
Weiblich	29,6	26,8	28,9	14,7	100,0
Altersgruppen					

16-24	39,6	30,6	18,0	11,7	100,0
25-34	31,0	31,0	21,3	16,8	100,0
35-49	24,7	29,5	31,9	14,0	100,0
50-65	25,6	26,3	26,7	21,4	100,0
Pflege von Kontakten					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
Gesamt	32,3	41,2	17,2	9,2	100,0
Schulbildung					
Haupt-/Volksschule	26,2	45,0	17,5	11,3	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	35,0	39,6	15,6	9,7	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	35,0	39,6	18,7	6,7	100,0
Geschlecht					
Männlich	29,7	44,2	17,1	9,0	100,0
Weiblich	35,5	37,7	17,3	9,4	100,0
Altersgruppen					
16-24	42,3	38,7	16,2	2,7	100,0
25-34	28,9	43,7	17,3	10,2	100,0
35-49	33,1	38,9	19,3	8,6	100,0
50-65	29,4	44,3	14,1	12,2	100,0
Sammeln von Auslandserfahrung					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
Gesamt	10,7	12,9	34,9	41,4	100,0
Schulbildung					
Haupt-/Volksschule	7,6	10,9	36,3	45,2	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	12,2	10,8	33,5	43,5	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	12,0	17,2	35,3	35,6	100,0
Geschlecht					
Männlich	10,3	14,4	35,7	39,6	100,0
Weiblich	11,2	11,2	34,0	43,6	100,0
Altersgruppen					

16-24	20,7	22,5	27,0	29,7	100,0
25-34	10,7	16,2	39,1	34,0	100,0
35-49	10,5	10,5	37,0	42,1	100,0
50-65	6,9	10,3	31,8	51,0	100,0
Sicherstellung der eigenen Mobilität					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
Gesamt	37,9	40,2	12,5	9,4	100,0
Schulbildung					
Haupt-/Volksschule	34,3	42,9	11,9	10,9	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	44,7	36,1	10,2	8,9	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	33,4	42,3	15,6	8,6	100,0
Geschlecht					
Männlich	35,1	42,8	12,3	9,7	100,0
Weiblich	41,2	37,1	12,7	9,0	100,0
Altersgruppen					
16-24	48,6	34,2	13,5	3,6	100,0
25-34	35,0	43,1	12,2	9,6	100,0
35-49	37,2	42,3	10,7	9,8	100,0
50-65	36,6	37,0	15,3	11,1	100,0
Akzeptanz flexibler Beschäftigungsmodelle					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
Gesamt	27,5	46,5	15,8	10,1	100,0
Schulbildung					
Haupt-/Volksschule	23,5	48,3	16,9	11,3	100,0
Realschule/Polytechnische Oberschule	28,0	46,6	14,3	11,1	100,0
Abitur/Fachhochschulreife	30,7	44,8	16,6	8,0	100,0
Geschlecht					
Männlich	26,0	47,9	16,2	9,9	100,0
Weiblich	29,4	45,0	15,4	10,3	100,0
Altersgruppen					

16-24	30,6	48,6	17,1	3,6	100,0
25-34	28,9	48,2	15,7	7,1	100,0
35-49	28,0	46,6	14,9	10,5	100,0
50-65	24,4	44,3	16,8	14,5	100,0

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2011, 1.000 Arbeitnehmer